

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 3

Artikel: Nicaragua, das Zweitmodell : wie man vom Regen in die Traufe kommt
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093746>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie man vom Regen in die Traufe kommt

Nicaragua, das Zweitmodell

Peter Sager zur Frage von Vorläuferregimes

In der letzten Nummer hat Peter Sager den Weg Nicaraguas von der isolierten Diktatur zur Einbettung in ein diktatorisches Weltssystem geschildert. Heute spricht er von Präzedenzfällen nicht eingehaltener Befreiungsversprechen.

Diktator Somoza genoss unter jenen grossen Volksschichten, die an der Korruption nicht teilhaben konnten, keine Popularität. Schliesslich ist er denn auch am 17. Juli 1979 gewaltsam gestürzt worden, von einer Opposition, die Menschenrechte, pluralistische Demokratie und Volkswohlstand versprach.

Zweieinhalb Jahre danach erweist es sich, dass das Volk von Nicaragua den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben hat. Es muss jetzt nicht bloss die Taschen eines korrupten Diktators füllen, sondern die Lasten für die von 7000 auf 40 000 Mann angewachsene Armee, für eine von 33 000 (1977) auf 61 000 Personen erweiterte Bürokratie und bereits für eine revolutionäre Aussenpolitik im Dienste Moskaus tragen. Das wird das Volk teuer zu stehen kommen als Somoza, zumal die Sandinisten im Schutze Moskaus stehen und so leicht wie Somoza nicht abgesetzt werden können.

Das exemplarische Kuba

Der Weg, den Nicaragua beschreitet, ist nicht neu. Kuba ist ihn schon gegangen.

Der 1959 gestürzte kubanische Diktator Batista war nicht besser als Somoza. Er beutete das Volk und vor allem die Arbeiter in den Zuckerplantagen aus. Daher billigten grosse Teile des Volkes den Befreiungskampf, den Fidel Castro anfänglich mit einer Handvoll Leute zu führen begann. Zumal sie sich als Befreier und nicht als Söldlinge Moskaus ausgaben und ein durchaus demokratisches Reformprogramm vorlegten. Im Jahre 1959 gelang es Fidel Castro, die Macht gewaltsam an sich zu reissen. Kurz danach, am 2. Dezember 1959, gestand er in einer Rede, dass er zuvor seine kommunistische Ueberzeugung verschwiegen habe, zweifellos um Opposition zu vermeiden und Unterstützung aus vielen Lagern — auch aus den Vereinigten Staaten — zu sichern.

Inzwischen hat sich Kuba zum Satelliten Moskaus entwickelt mit allen Folgeerscheinungen, die osteuropäische Satelliten auszeichnen. Das Volk wird noch mehr ausgebeutet. Die Arbeiter auf den Zuckerplantagen sind arm geblieben, die andern sind arm geworden. Die Wirtschaft steckt in der Dauerkrise, die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern ist miserabel. Ge-

mäss Berechnungen der Weltbank hat Kubas wirtschaftliche Wachstumsrate pro Kopf von 1960 bis 1978 im Durchschnitt jährlich *minus* 1,2 Prozent betragen. Kuba gehört mit seiner wirtschaftlichen Leistung in dieser Zeitspanne weltweit zum untersten Zwanzigstel aller Länder und schneidet auch schlechter ab als die sozialistischen Staaten Osteuropas. Schon 1979 und erneut im Oktober 1981 hat Castro darauf hingewiesen, dass weitere zehn bis zwanzig Jahre wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor Kuba liegen. In seiner Rede vom 14. Dezember 1981 kündigte Fidel Castro erhebliche Preiserhöhungen auf den rationierten Gütern des täglichen Bedarfs an. Die Nahrungsmittel-Subventionen werden von 437 Millionen Dollar 1981 auf 209 Millionen Dollar im laufenden Jahr gekürzt.

Das Budget für 1982 wurde vom Präsidenten der staatlichen Planbehörde Juceplan, Humberto Pérez, am 29. Dezember vorgelegt. Er unterstrich die Notwendigkeit, die Importe zu drosseln. Zwar hatte die Zuckerproduktion 1981 um 10 Prozent zugenommen; aber im vergangenen Herbst fiel der Weltmarktpreis für Zucker von 35 auf 12 US-Cents je Pfund. Dabei ist Kuba nach fast einem Vierteljahrhundert castrischer Herrschaft mindestens so stark von der Monokultur Zuckerrohr abhängig wie unter Batista, dem man diese Einseitigkeit mit Berechtigung vorgeworfen hatte.

Dafür hat das Land eine moderne Armee aufgebaut, die 225 000 Mann umfasst, ferner einen Propaganda-Apparat, der sich sehen lässt, schliesslich einen Geheimdienst, der als Kontrollinstrument dient. Auf diese Weise konnte Castro eine offensive und revolutionäre Aussenpolitik einleiten, die eindrucklich ist.

Bereits 1959 unterstützte Castro bewaffnete Aufstandsversuche in Panama, der Dominikanischen Republik und Haiti. In den sechziger Jahren waren Guatemala, Kolumbien, Venezuela, Peru und Bolivien im Visier. Die Versuche blieben erfolglos. Castro wechselte die Taktik; er begann, sich auf die Unterstützung aussichtsreicher Bewegungen oder befreundeter Regime zu konzentrieren, so in Chile, wo er unter anderem Allendes Leibgarde stellte.

Der Durchbruch kam Mitte der siebziger Jahre in Afrika. 20 000 Mann kubanischer Truppen si-

cherten den Sieg der moskauorientierten MPLA in Angola; 15 000 kubanische Soldaten halfen in Aethiopien, das Regime Mengistus an der Macht zu halten. Kubanisches Militär ist auch in Südjemen stationiert.

Der Sturz Somozas im Juli 1979 öffnete Zentralamerika erneut den kubanischen Einsätzen. Mit Waffenlieferungen, Beratern und Kampftruppen unterstützte Castro den prosovjatischen Flügel der Sandinisten, der inzwischen den gemässigten Flügel der «Terceristen», die den «dritten Weg» propagieren, weitgehend auszuschalten vermochte. Rund 2000 kubanische Lehrer helfen mit, die Jugend Nicaraguas auf den ideologisch «richtigen» Weg zu führen. Bereits wird El Salvador angegangen, um ein weiteres zentralamerikanisches Land dem sowjetischen Einfluss zu erschliessen.

Im Hintergrund der kubanischen Wirtschaftskrise lässt sich ein derartiges revolutionäres Engagement weder rechtfertigen noch finanzieren. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass es sich bei diesen Söldnerdiensten um die kubanische Gegenleistung für die sowjetische Wirtschaftshilfe handelt, die heute rund 8 Millionen Dollar pro Tag beträgt, also knapp 3 Milliarden Dollar pro Jahr, oder einen Viertel des kubanischen Sozialproduktes. Diese anhaltende Belastung bereitet auch der UdSSR Schwierigkeiten, besonders angesichts der osteuropäischen Wirtschaftskrise. Um die Erdöllieferungen nach Kuba vertragsgemäss einhalten zu können, hat die Sowjetunion die Abgabe an die osteuropäischen Satelliten um 10 Prozent gekürzt. Und in Kuba wurde der Benzinpreis im Dezember um 70 Prozent erhöht, damit Einsparungen erzwungen werden können.

Diese Entwicklung entspricht in keiner Weise den Hoffnungen und Erwartungen, die grosse Teile des kubanischen Volkes vor 25 Jahren in Fidel Castros Befreiungskampf gelegt haben.

Schon lange vor Reagan . . .

«Ausländische Verteidiger des Sandinistenregimes, die vor der Kubanisierung (Nicaraguas) allzulange die Augen verschlossen, sind nunmehr versucht, den nicht mehr hinwegzudiskutierenden extremistischen Charakter der sandinistischen Politik als Reaktion auf die angriffliche Politik Reagans zu bezeichnen. Dies geht indessen an den Tatsachen vorbei: Schon kurz nach dem Sieg über Somoza bezogen die Regimeträger im September 1979 an der Konferenz der Blockfreien in Havanna eindeutig prokubanische und sowjetfreundliche Positionen; dasselbe gilt von ihrer Einstellung zum sowjetischen Ueberfall auf Afghanistan.

Die klassenkämpferischen und antiamerikanischen Propagandakampagnen der Sandinisten waren 1979 und 1980 kaum weniger laut, als sie es heute sind, obwohl zu jenem Zeitpunkt die heutigen Oppositionellen nahezu en bloc hinter der Revolution standen, Nicaragua in erster Linie von amerikanischer Hilfe lebte und Carter bis zur Selbstverleugnung eine Politik der guten Nachbarschaft zu Nicaragua pflegte.»

NZZ, 8. 1. 1982

Dieses Volk ist vom Regen in die Traufe geraten und hat erst noch schlechtere Aussichten, sich des castristischen Regimes entledigen zu können. Battista konnte viel leichter gestürzt werden.

Das neue Iran und das neue Aethiopien

Das ist nicht das einzige Beispiel eines Volkes, das auf die falsche Karte gesetzt hat und nun schwer dafür büßen muss.

Iran ist es ähnlich ergangen. Dabei war der Schah in keiner Weise vergleichbar mit den Diktatoren Battista und Somoza. Er hatte als einer der ersten Chefs eines Dritteltstaates die Entwicklung seines Landes angestrebt, diese vielleicht allzu stark forciert und darum die Opposition von religiösen Reaktionären provoziert. Aber sein Volk erfreute sich relativer Freiheit und eines wachsenden Wohlstandes. Natürlich gab es Korruption (sie ist auch in unseren Breitengraden nicht unbekannt), wirtschaftliche Ungleichheiten und Verletzungen der Menschenrechte. Aber im Vergleich mit sehr vielen Ländern und mit allen sozialistischen Staaten schnitt Iran gut ab.

Im Herbst 1978 konnten die Frauen noch zu Tausenden auf die Strasse gehen, um mehr Freiheiten zu fordern. Heute können sie sich nur noch im Schleier zeigen und überhaupt nicht mehr demonstrieren. Dem Dutzend oder zwei Hinrichtungen (vorwiegend von Drogenhändlern) in den letzten zwei Jahrzehnten unter dem Schah stehen Tausende von Hinrichtungen in den ersten drei Jahren unter Khomeiny gegenüber.

Man könnte Aethiopien nennen, das unter Haile Selassie eine sicher langsame, aber eben doch stetige Entwicklung durchmachte. Heute sind die Aethiopier unterdrückt; in Eritrea und Tigre zerschlägt man Aufstandsbewegungen mit Kolonialtruppen des Sowjetlagers.

Bei allen Unterschieden zwischen Kuba, Aethiopien, Iran und Nicaragua gibt es eben diese bemerkenswerte Parallele: grosse Teile dieser Völker strebten — meist mit propagandistischer Nachhilfe von aussen — eine rasche Besserung mit Gewalt an, und tauschten eine Verschlechterung ihrer Lage ein. Das muss zu denken geben, und nicht nur in den betroffenen Ländern.

Es erweist sich, dass die revolutionäre Bewegung in eine Sackgasse führt, zwar eine neue Klasse an die Macht schwemmt, aber das Volk einer härteren Ausbeutung aussetzt. Damit ist keine Rechtfertigung für Diktatoren wie Battista und Somoza verbunden. Doch ist es an der Zeit, Rechtfertigungsversuche für deren Nachfolger kritischer und skeptischer zu beurteilen.

Die Muster westlichen Versagens

All diesen Ländern wäre eine langsame und stetige Reform zu wünschen gewesen, eine organische Entwicklung, um die halboffenen Gesellschaften auf eine verkräftbare Weise in offene Gesellschaften zu verwandeln.

Dass dies in etlichen Fällen nicht möglich geworden ist, deutet auch ein Versagen des Westens an. Er hat sich von der falschen Wahl gefangennehmen lassen: entweder nichts zu tun und mit den Battistas und Somozas Geschäfte zu treiben, weil sie ja angeblich national ge-

wachsenen Strukturen vorstanden, oder aber, als der Bankrott solcher Regime sich abzuzeichnen begann, nun alles zu tun, um sie stürzen zu helfen. Auf diese Art hat der Westen mitgeholfen, halboffene Gesellschaften in Moskaus Arme zu treiben.

Doch gibt es einen dritten Weg. Er müsste darin bestehen, dass sowohl Erstarrungen wie revolutionäre Umwälzungen abgelehnt und dass dafür echte Reformbewegungen nachhaltig unterstützt werden. Das setzt eine neue Aussenpolitik der Demokratien voraus. Wenn wir nicht die halboffenen Gesellschaften allesamt an Moskau verlieren wollen, müssen Westeuropa und Nordamerika tatkräftig die demokratische Opposition in der Dritten Welt zu fördern lernen.

Kubaner, die mit Battista, und Nicaraguaner, die mit Somoza nicht einverstanden waren, sind deshalb nicht notwendigerweise Kommunisten gewesen. Aber auch wenn sie es nicht waren, erhielten sie im Westen nicht die nötige Unterstützung. Erst wenn sich solche Oppositionelle radikalen Ideen zu verschreiben begannen, fanden sie dann offene Ohren und schliesslich gar offene Hände. Oft genug hat so der Westen zur

Freude Moskaus mitgeholfen, castristische und sandinistische Kuckuckseier auszubrüten. Das müsste nicht sein, vor allem aber dürfte es nicht so sein.

Im Rückblick zeigt es sich, dass die Regime des Schahs und Haile Selassies Unterstützung verdient hätten, weil sie Reformbereitschaft aufwiesen. Umgekehrt hätte mehr unternommen werden müssen, um die Ausweglosigkeit von Regimen wie jene Battistas und Somozas notfalls mit entschiedener Haltung nachzuweisen, damit so eine Reformbereitschaft erzwungen werden konnte. Deren Ausbleiben hätte dann die Unterstützung einer demokratischen Opposition gerechtfertigt.

Diese Erkenntnis sollte zur Richtlinie für die künftige Politik des Westens werden. Konkret und zur Illustration wären jetzt die Bestrebungen des christdemokratischen Junta-Chefs von El Salvador, José Napoleon Duarte, zu unterstützen, weil er eine schrittweise Demokratisierung des Landes anstrebt. Andererseits müsste dem Regime in Südafrika bei jeder Gelegenheit bedeutet werden, dass eine höhere Reformwilligkeit in seinem eigenen Interesse liegt. *Peter Sager*



Angola und der Widerstand

Wie sehr braucht die Sowjetunion noch Angola, wenn sie Namibia (Südwestafrika) kriegen kann?

In Angola dauert der Widerstand an, und das Land wird für die sowjetische Protektorsmacht zu einer Belastung.

Der Chef der Widerstandsbewegung Unita, Jonas Savimbi, hat gut 15 Jahre für ein demokratisches Angola gekämpft, erst gegen die Portugiesen und dann gegen das MPLA-Statthalterregime. Er findet etwas Unterstützung bei einigen schwarzafrikanischen Ländern und den USA.

Die Unita kontrolliert etwa ein Drittel des angolischen Territoriums, und ein Teil der übrigen Gebiete ist nur *dann* unter Kontrolle des Regierungslagers, wenn dessen Truppen oder Söldner gerade zur Stelle sind. Freilich reicht die militärische Stärke der Unita nicht aus, etwa den Marsch auf die Hauptstadt Luanda anzutreten, die von den Kubanern mit ihrer modernen Ausrüstung gehalten wird. Aber der Widerstand ist stark genug, um als Faktor berücksichtigt zu werden, wenn man im Zusammenhang mit der künftigen Unabhängigkeit von Namibia von einer «Lösung für die Region» spricht, die nach westlichen Hoffnungen mit dem Abzug der aus-

ländischen Truppen einschliesslich der Kubaner aus dem südlichen Afrika zu kombinieren wäre. Das nun ist bestimmt nicht die Meinung der Sowjets, die in Namibia die Unabhängigkeitsbewegung Swapo militärisch «unterstützen»; das heisst zu beherrschen suchen. Doch ist es denkbar, dass sie angesichts des lohnenderen Zieles von Namibia in Angola auf einen gesichtswahrenden Kompromiss steuern. Nicht aus gutem Willen, sondern deswegen, weil sie hier auf Widerstand stossen. Und weil sie das Land schon ruiniert haben.

Die Regierungsgeschäfte in Luanda besorgen faktisch sowjetische und ostdeutsche Berater, abgesichert durch kubanisches Militär. Diese Kombination hat getan, was ihres Amtes ist. Sie hat ihren MPLA-Schützlingen gezeigt, wie man die Unterdrückungsmaschinerie aufstellt und handhabt, militärisch und sicherheitsdienstlich. Nicht gereicht hat es dagegen zur Ernährung des Landes.

Unter diesen Umständen tut das offizielle Angola das, was schon andere sowjetisch dominierte Länder der Dritten Welt getan haben: Es gibt den Amerikanern zu verstehen, dass Wirtschaftshilfe willkommen wäre; man würde in diesem Fall doch auch weniger auf die Sowjetunion angewiesen sein. Aber wenn es ein sowjetkontrolliertes Regime ist, das diese schönen Andeutungen macht, ist Grossbrüderchen ja schon mit im Spiel: die Sowjets haben bestimmt nichts dagegen, wenn der Westen ihre Domination bezahlt. Die Unfähigkeit, ein Land ernähren zu können, ist für die Sowjetführung noch lange kein Grund, auf die machtpolitische Kontrolle zu verzichten.

Indessen kann es einen andern Grund geben: dass sich der Aufwand nicht mehr lohnt. Weil es eine Widerstandsbewegung gibt. Weil das verelendete Land nicht mehr viel hergibt. Weil eine frische nachbarschaftliche Eroberung mehr verheisst. Alle drei Faktoren spielen ihre Rolle, auch für den Westen. Man muss den ersten stärken, um den zweiten zu überwinden und dem dritten vorzubeugen. *it*